

Die Schwierigkeit der eigenen Arbeit auf Twitter ist der Polizei seit einiger Zeit bewusst, wie der in Frankfurt für Social Media zuständige Oberkommissar Andre Karsten im Vorjahr auf der re:publica deutlich machte¹²: „Da wäre es sehr schwierig, die nötige Ernsthaftigkeit zu vermitteln, wenn man die gesamte Woche zuvor nur Witze gemacht hat. Das ist schon ein krasser Drahtseilakt, der einem viel Fingerspitzengefühl abverlangt.“

Humor ist eine Frage der

Doch selbst mit viel Fingerspitzengefühl ist die Balance der Machtverhältnisse. Wer am liebsten Witze macht, der riskiert den Zulauf bei der Rekrutierung verschaffen und vielleicht dabei helfen, öffentliches Bewusstsein für gesetzliche Normen zu schaffen. Aber was hat Humor generell mit dem gesetzlichen Auftrag der Polizei zu tun?

Öffentlich diskutiert worden ist die Frage, wie witzig die Polizei sein darf, bisher kaum. Sie wird damit aber nicht weniger relevant. Immer öfter sind nicht nur Polizeien in den sozialen Medien unterwegs, sondern auch einzelne Polizisten. Das führt den Kontakt zwischen Bürger und Polizei auf eine neue Ebene. Wenn einen erstmal der freundliche Beamte aus der Nachbarschaft über den digitalen Gartenzaun hinweg maßregelt, dann ändert sich bei so manchen womöglich die Einstellung zur twitternden Polizei.

erschieden in der *FifF*-Kommunikation,
herausgegeben von *FifF* e.V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de

Anmerkungen

- 1 https://www.focus.de/digital/wiesnwache-oktoberfest-2017-die-witzigsten-tweets-der-wiesnwache_id_7631670.html
- 2 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article160905952/Das-Vertrauen-in-die-Polizei-ist-so-gross-wie-seit-20-Jahren-nicht.html>
- 3 <http://www.rp-online.de/digitales/gras-oder-grass-so-schlagfertig-antwortet-die-polizei-auf-twitter-aid-1.6127364>
- 4 https://twitter.com/Polizei_Thuer/status/956837043308462080
- 5 <https://www.bz-berlin.de/berlin/hauptstadtbullen-naechster-fehltritt-des-social-media-teams-der-polizei>
- 6 <https://www.bz-berlin.de/berlin/polizei-auf-twitter-zu-kumpelhaft-polizeipraesident-bezieht-stellung>
- 7 <https://www.bundestag.de/blob/405538/c90e0606186c97afa-54b9694a865e026/wd-3-157-15-pdf-data.pdf>
- 8 <http://www.der-postillon.com/2016/02/ungeahntes-einnahmenpotenzial.html>
- 9 <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/republica-2017-die-polizei-versucht-es-bei-twitter-und-co-mit-humor-a-1146147.html>

Quelle: <https://netzpolitik.org/2018/twitter-und-die-hauptstadtbullen-darf-die-polizei-eigentlich-ironie/>



Constanze Kurz

EU-weiter Zwang zur Abgabe von biometrischen Daten in Ausweisen

Innerhalb von zwei bis fünf Jahren sollen Papier-Ausweise ohne biometrische Daten in ganz Europa der Vergangenheit angehören. Das erklärte heute der EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos: Digitale Gesichtsbilder und Fingerabdrücke sollen von allen Europäern ab zwölf Jahren eingesammelt werden.

Am Montag wurde bekannt, dass der EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos für den heutigen Tag eine Pressekonferenz in Straßburg einberufen hatte, um neue Pläne zur biometrischen Erfassung aller Europäer zu erörtern. Das Schlagwort dazu ist im besten Neusprech „Sicherheitsunion“, denn im Rahmen dieser Initiative wurde das Überwachungsvorhaben präsentiert. Gestern war bereits berichtet worden, dass der für Migration, Inneres und Bürgerschaft zuständige EU-Kommissar Avramopoulos eine halbe Milliarde Europäer dazu verpflichten will, ihre Fingerabdrücke abzugeben und digital in ihre Ausweise aufnehmen zu lassen. Für fast alle Bürger der EU-Mitgliedsstaaten besteht bereits eine Pflicht, einen Personalausweis zu besitzen.

Zu den Plänen der „Sicherheitsunion“, die Avramopoulos, der Kommissar für die Sicherheitsunion Julian King und EU-Justizkommissarin Věra Jourová heute präsentierten^{1 2}, gehören auch neue Regeln für Schusswaffen und Chemikalien, die für den Bombenbau verwendet werden können. Die Fingerabdruck-Biometrie gehört jedoch zum Teilbereich Fälschungssicherheit von Ausweisdokumenten („measures to prevent document fraud and the use of false identities“). Europol behauptete Anfang April beispielsweise, bei Terrorismus und Organisierter Kriminalität sei Dokumentenfälschung besonders bedeutsam. Belege dafür lieferte Europol allerdings nicht.³



EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos

Quelle: Europäische Kommission

Deutsche Ausweisdokumente wird Europol wohl nicht gemeint haben, denn Zahlen der deutschen Bundesregierung⁴ weisen in eine ganz andere Richtung: Demnach sind Personalausweise und Pässe von hoher Fälschungssicherheit und werden nur in sehr seltenen Fällen erfolgreich gefälscht. Weniger als einhundert Totalfälschungen innerhalb von sieben Jahren konnte die Bundespolizei ausmachen. Die Zahlen stammen aus der Zeit vor der Einführung der verpflichtenden Gesichtsbio-metrie in hoheit-

lichen⁵ Ausweisdokumenten, seitdem sollten die Fälschungen noch gesunken sein.

Die heute vorgestellten Pläne gehören zur „Sicherheitsunion“, die von 2014 bis 2020 insgesamt 5,7 Milliarden Euro⁶ verschlingen soll. Biometrische Vorhaben waren bereits Ende 2016 im Rahmen dieser „Sicherheitsunion“⁷ vorgestellt worden: Avramopoulos kündigte damals für den Schengen-Raum die vermehrte Nutzung von Gesichtsbildern und Handabdrücken von Einreisenden an. Im letzten Jahr hatte der EU-Kommissar bei einem Besuch beim damaligen Innenminister Thomas de Maizière (CDU)⁸ zusätzlich erklärt, europäische Informationssysteme, darunter auch das von 29 Staaten benutzte Schengener Informationssystem (SIS II) und die Fingerabdruckdatenbank Eurodac, besser verknüpfen zu wollen. Auch hier sind sensible Informationen betroffen, denn in den Informationssystemen sind auch biometrische Daten erfasst. Die heutige Ankündigung ist nun der nächste Schritt zu einer umfassenden Körperdatenerfassung aller europäischen Einwohner.

Biometrische Daten und Fingerabdrücke aller Europäer

Mit den neuen Plänen wolle man „Terroristen und Straftäter handlungsunfähig machen“⁹ und gleichzeitig die „Sicherheit von Ausweisdokumenten“ erhöhen und Dokumentenbetrug eindämmen.

Avramopoulos sagte in der Pressekonferenz, es solle in zwei Jahren in ganz Europa keine Papier-Ausweisdokumente mehr geben. Dass heute noch etwa neunzig Millionen EU-Bürger solche papiernen Ausweise benutzen, sei aus seiner Sicht nicht akzeptabel. In fünf Jahren soll jeder Europäer biometrische Daten und Fingerabdrücke auf elektronischen Ausweisdokumenten vorhalten.

Der Innenkommissar machte sich nicht die Mühe, zu erklären, wie die Abgabe der Fingerabdrücke aller Europäer die Sicherheit erhöhen könnte. Er begründete lediglich die eilige Umsetzung: „Terroristen ändern schnell die Strategie, wir wollen zeigen, dass wir schneller sind.“ Kein Krimineller solle sich mehr hinter einer *fake ID* (gefälschten Identität) verstecken können.

Er fügte noch an, dass die Mitgliedsstaaten keine einheitliche Ausweis-Produktion hätten, aber ein Nachweis der Identität notwendig sei. Man müsse die „Sicherheitspolitik rationalisie-

ren“. So reihte sich eine wenig aussagekräftige Phrase an die nächste. Auch der gleichzeitig veröffentlichte Bericht zur Umsetzung der „Sicherheitsunion“¹⁰ enthält keine Zahlen dazu, wie viele Ausweis-Fälschungen es denn gibt und inwiefern die Biometrie bei der Fälschungssicherheit hilfreich sein könnte. Schließlich sind die digitalen Chips, auf denen die Biometriedaten gespeichert sind, mit Leichtigkeit zu deaktivieren. Die Ausweise bleiben dennoch gültig.

Auf die konkrete Nachfrage, ob denn ein Papier-Ausweis in Europa in zwei Jahren illegal wäre, gab Avramopoulos eine ausweichende Antwort: Italien benutze beispielsweise immer noch eine Papier-ID, das wolle er natürlich nicht verurteilen. Man wolle die papiernen Ausweise jedoch ersetzen. Die Mitgliedsstaaten müssten dem Inhaber einer ID-Karte vertrauen können. Dazu brauche man ein Minimum an „security features“ (Sicherheitsmerkmalen). Dazu zählen offenbar aus Sicht des Innenkommissars auch biometrische Fingerabdrücke.

Avramopoulos schob eine Art versteckter Drohung hinterher: „Nur damit können wir Sicherheit und freien Personenverkehr gleichzeitig gewährleisten.“ Das könnte man so interpretieren, dass Mitgliedsstaaten, die sich den Vorschlägen verschließen, Einschränkungen in der Reisefreiheit für ihre Bürger hinnehmen müssten. Es solle eine „fünfjährige Auslaufperiode für vorherige Formate“ geben, sagte der Kommissar. Das gelte für Karten, die nicht maschinenlesbar sind.

Folgende Maßnahmen zur Vereinheitlichung der europäischen Ausweisdokumente werden vorgeschlagen:

- **Verbindliche Einführung biometrischer Daten in Mitgliedsstaaten, die Personalausweise ausgeben:** Die Personalausweise von EU-Bürgern (ab 12 Jahren) und die Aufenthaltstitel von Familienangehörigen aus Drittländern werden fortan biometrische Daten – Fingerabdrücke und Gesichtsbilder – enthalten, die auf einem Chip in der Karte gespeichert sind. Strengere Sicherheitsvorschriften werden regeln, wer auf die biometrischen Daten zugreifen kann.
- **Umsetzung eines ehrgeizigen Übergangsverfahrens:** Die neuen Regeln sehen vor, dass nicht konforme Ausweise relativ rasch aber schrittweise auslaufen, und zwar entweder mit Ablauf ihrer Gültigkeit oder spätestens innerhalb von fünf Jahren bzw. bei weniger sicheren (d. h. nicht maschinenlesbaren) Ausweisen innerhalb von zwei Jahren.

Constanze Kurz

Constanze Kurz ist promovierte Informatikerin, Autorin und Herausgeberin mehrerer Bücher¹², ihre Kolumne „Aus dem Maschinenraum“¹³ erscheint im Feuilleton der FAZ. Sie ist Aktivistin¹⁴ und ehrenamtlich Sprecherin¹⁵ des Chaos Computer Clubs. Sie forschte an der Humboldt-Universität zu Berlin am Lehrstuhl „Informatik in Bildung und Gesellschaft“ und war Sachverständige der Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Bundestags. Sie erhielt den Werner-Holtfort-Preis¹⁶ für bürger- und menschenrechtliches Engagement¹⁷, den Toleranz-Preis¹⁸ für Zivilcourage und die Theodor-Heuss-Medaille für vorbildliches demokratisches Verhalten.



Avramopoulos wird am Donnerstag in Berlin erwartet. Ob er seinen heutigen¹¹ Aussagen noch etwas hinzuzufügen hat, bleibt abzuwarten.

Quelle: <https://netzpolitik.org/2018/eu-weiter-zwang-zur-abgabe-von-biometrischen-daten-in-ausweisen/>

Anmerkungen

- 1 http://europa.eu/rapid/press-release_AGENDA-18-3379_en.htm
- 2 http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3301_en.htm
- 3 <https://twitter.com/Europol/status/981168214892716034>
- 4 <https://netzpolitik.org/2018/eu-kommission-plant-verpflichtende-fingerabdrucke-in-ausweisen/>
- 5 https://www.bsi.bund.de/DE/Publikationen/TechnischeRichtlinien/tr03121/index_html?nn=6615386

- 6 https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/european-agenda-security/20180417_security-union-a-europe-that-protects_en.pdf
- 7 <http://www.statewatch.org/news/2016/dec/eu-com-sis-prel.pdf>
- 8 <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2017/02/eu-kom-avramopoulos-zu-gast-im-bmi.html>
- 9 http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3301_de.htm
- 10 https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/european-agenda-security/20180317-progress-report-14-towards-effective-and-genuine-security-union_en.pdf, Seite 5
- 11 Der Artikel erschien am 17. April 2018.
- 12 <http://gewissensbits.gi.de/constanze-kurz/>
- 13 <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/aus-dem-maschinenraum/>
- 14 <https://www.privacynotprism.org.uk/>
- 15 <https://www.youtube.com/watch?v=hj3gAsqrB18>
- 16 https://de.wikipedia.org/wiki/Werner_Holtfort#Holtfort-Stiftung
- 17 <https://media.ccc.de/search?q=Constanze+Kurz>
- 18 <http://www.ev-akademie-tutzing.de/toleranz-preis-fuer-christian-wulff-und-constanze-kurz/>



Constanze Kurz

Protest nicht nur in Bayern: Peter Schaar über den Widerstand gegen Polizeigesetze

Was uns als vermeintliche Verbesserung der Sicherheit verkauft wird, hält einer kritischen Prüfung oft nicht stand. Wir sprechen mit Peter Schaar über den Wettlauf um das härteste Polizeigesetz, die überfällige Protestwelle dagegen und warum in Bremen die Debatte um das Polizeigesetz anders verlief als in Bayern.

Der überraschend große Protest gegen das Polizeiaufgabengesetz in Bayern war Anlass für ein Gespräch mit Peter Schaar. Der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte und Sachbuchautor hatte in seinem Buch „Trügerische Sicherheit“¹ analysiert, wie sich die Terrorangst auf grundlegende Bürger- und Freiheitsrechte auswirkt und wie intensive Grundrechtseingriffe durch die Große Koalition („GroKo“)² in der vergangenen Legislaturperiode damit gerechtfertigt wurden. Ob diese Gesetze tatsächlich für mehr Sicherheit sorgen, ist aber alles andere als bewiesen. Widerstand gegen diese Entwicklung regte sich in den letzten Jahren wenig, was sich nun zu ändern scheint: Anders als in Bayern wurde die Novellierung des Polizeigesetzes in Bremen nach Protesten vorerst gestoppt.

Wir sprachen mit Peter Schaar (Twitter: https://twitter.com/Peter_Schaar, Blog: <https://www.eaid-berlin.de/?cat=34>) über trügerische Sicherheit, Überwachung und symbolisches Handeln in der Politik. Schaar war für zwei Amtszeiten³, also zehn Jahre, der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit und prägt bis heute öffentliche Debatten über Fragen der Privatsphäre. Er ist Vorsitzender der Europäischen Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz (EAID)⁴ in Berlin.

Die aktuellen Proteste: „Überfällig“

Constanze Kurz: Herr Schaar, ich würde gern mit Ihnen über die aktuelle Stimmung in Sachen Datenschutz und Überwachung⁵ reden. Wir haben das erste Mal seit der großen „Freiheit statt Angst“-Demo vor einigen Jahren wieder zehntausende Leute

auf der Straße. Und Protest gibt es nicht nur in Bayern: In Bremen gab es wegen des bremischen Polizeigesetzes und des „Bremetrojaners“ ebenfalls Widerstand. Wie bewerten Sie diese Stimmung, dass plötzlich wieder Protest aufkommt?



Peter Schaar, Datenschützer und Buchautor.

Peter Schaar: Es ist überfällig, dass die Grundrechtseinschränkungen, die über die letzten Jahre scheinbar eingeführt worden sind, kritisiert werden. Wir sind an einen Punkt gelangt, wo sich Menschen fragen: Sind wir da nicht zu weit gegangen? Ist der Gesetzgeber wirklich auf dem richtigen Weg, wenn er immer mehr Überwachung erlaubt? Deshalb finde ich den Protest gut.

Das hängt auch damit zusammen, dass offensichtlich die bayerische Staatsregierung und die tragende CSU die Außenwirkung des neuen Gesetzes falsch kalkuliert haben. Man hat wohl vor, bestimmten populistischen Argumenten dadurch das Wasser abzugraben, dass man ihnen folgt und sie übernimmt.